

Beschluss: aktive Unterstützung der Sonderverwaltungszone Hongkong

Die Mitgliederversammlung beschließt:

China erlebt in Hongkong momentan die größten Massendemonstrationen seit der gewaltsamen Niederschlagung der Demokratiebewegung am Tian'anmen Platz im Jahre 1989. Die im Juni gestarteten Proteste mobilisieren Millionen. Zeitweise beteiligte sich mehr als ein Viertel der Bevölkerung daran. Auslöser war der Widerstand gegen das umstrittene Auslieferungsgesetz. Kritiker*innen sehen in der Gesetzesvorlage einen massiven Angriff auf die gesetzlich verbriefte Autonomie Hongkongs, auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und als Zeichen der wachsenden Einflussnahme Pekings in der Sonderverwaltungszone. Trotz der Erklärung der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam im Juni, die Gesetzesentwürfe auf Eis zu legen und der im September folgenden Ankündigung diese formell zurückzuziehen, halten die Proteste an. Neben der formellen Rücknahme der beiden Gesetzesänderungsentwürfe stehen mittlerweile umfassende politische Reformen im Fokus der Demonstrationen. Diese beinhalten insbesondere die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts sowie die unabhängige Aufarbeitung der Polizeigewalt.

Die Hongkonger Polizei nutzt die Gewalttaten einer kleinen Anzahl von Demonstrierenden als Vorwand, um mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen mehrheitlich friedlich Demonstrierende vorzugehen. Auch militante prochinesische Schlägertrupps konnten gegen Unbeteiligte vorgehen ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Mehrere tausend Menschen wurden im Rahmen der Proteste festgenommen, zahlreiche weitere wurden schwer verletzt und zum Teil dauerhaft geschädigt. Demonstrantinnen berichteten von sexueller Belästigung und systematischen sexuellen Übergriffen durch staatliche Sicherheitsakteure. Neun Menschen nahmen sich aus Verzweiflung über die Entwicklungen das Leben.

Trotz zunehmend massiver Repressionen und umfassender Versammlungsverbote durch die Hongkonger Behörden sowie militärischer Machtdemonstrationen vonseiten Pekings lässt sich die Demokratiebewegung in Hongkong nicht einschüchtern. Damit verteidigen sie die Grundwerte, die auch unsere Gesellschaft tragen: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte.

Zeitgleich versucht die chinesische Staatsführung auch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland einzuschränken. Anfragen der grünen Bundestagsfraktion belegen die Einschüchterungsversuche und das ungenierte Wirken von Spitzeln der chinesischen Volksrepublik in Deutschland, das sich insbesondere gegen Unterstützer*innen der Hongkonger Demokratiebewegung richtet.

Mit Blick auf die friedliche Revolution in Deutschland kommt uns hier eine besondere Verantwortung zu, die Demokratiebewegung in Hongkong zu unterstützen. Denn auch als die Bürger*innen der DDR vor dreißig Jahren gegen die SED-Diktatur auf die Straße gingen, schien ihr Freiheitskampf chancenlos. Zu allmächtig war das autoritäre Regime, zu präsent die Bilder des Tian'anmen Massakers vom 04. Juni 1989. Dass sie ihre Stimme trotzdem für Freiheit und Demokratie erhoben, kann man ihnen nicht hoch genug anrechnen. Ihr Freiheitskampf veränderte nicht nur die Welt wie wir sie heute kennen - er zeigte auch, wie erfolgreich David gegen Goliath sein kann.

Daher solidarisiert sich Die PARTEI Hessen mit den friedlich demonstrierenden Hongkonger*innen und fordert:

- die Bundesregierung dazu auf, sich mit den friedlichen Demonstranten und Demonstrantinnen in der Sonderverwaltungszone Hongkong in ihrem Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte solidarisch zu erklären und die friedliche Demokratiebewegung in Hongkong im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen;

- die Bundesregierung dazu auf, die Behörden in Hongkong und der Volksrepublik China aufzufordern, den Schutz der Menschenrechte und die im Hongkonger Grundgesetz (Basic Law) für alle Bürgerinnen und Bürger verankerten Freiheiten zu gewährleisten;
- alle Landesregierungen, die Bundesregierung sowie die EU-Kommission dazu auf, in Gesprächen und Verhandlungen mit der chinesischen Staatsregierung stets auf die Achtung des völkerrechtlich verbindlichen Hongkonger Grundgesetzes (Basic Law) und insbesondere des Grundsatzes „Ein Land - Zwei Systeme“ hinzuweisen;
- die Bundesregierung dazu auf, an die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong zu appellieren ihre nationalen wie internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere die im Hongkonger Grundgesetz (Basic Law) garantierten Rede-, Presse- und Publikationsfreiheit sowie Vereinigungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, als auch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte;
- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong darauf hinzuwirken, dass sichergestellt ist, dass Rechtsvorschriften und -auslegungen auch künftig mit ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen vollständig im Einklang stehen, darunter mit den Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe;
- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong darauf hinzuwirken die angekündigte formelle Rücknahme des Gesetzes über flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen aus dem Jahr 2019 umgehend umzusetzen; die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong dafür einzusetzen, dass das Recht aller Menschen sich friedlich zu versammeln geschützt und geachtet wird und Menschen nicht allein aufgrund ihrer Beteiligung an friedlichen Versammlungen strafrechtlichen Sanktionen unterworfen werden; die Bundesregierung dazu auf, im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten die Mitglieder der Kreisverbände Darmstadt, Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Kassel und Fulda des Landesverbandes Hessen der Partei Die PARTEI dazu zu verpflichten, die durchaus bemerkenswerten, aber in einer Satirepartei unter Umständen deplatzierten Ausformungen ihres Aktionismus stattdessen zum Wohle der wirklichen Demokratieverteidigung vor Ort in der Sonderverwaltungszone Hongkong einzusetzen und für die Dauer eines Jahres (365 Tage) aus erster Hand zu erleben, welch ein Luxus es sein kann, im Gegensatz zu der aktuellen Lage in der Sonderverwaltungszone Hongkong unbewaffnete politische Auseinandersetzungen innerhalb eines Landesverbandes haben zu können, ohne direkt den Untergang des Abendlandes heraufbeschwören zu müssen;
- die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong für eine unabhängige, unparteiische, effektive und zeitnahe Aufarbeitung der Polizeigewalt und dem zögerlichen Eingreifen der Polizei bei den gewalttätigen Übergriffen auf Protestierende in der U-Bahnstation Yuen Long West Rail am 21. Juli einzusetzen sowie dafür die Ergebnisse der Aufarbeitung öffentlich zugänglich zu machen;
- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong deutlich zu machen, dass das Vorgehen der Sicherheitskräfte verhältnismäßig und in Einklang mit den UN Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Vollzugsbeamte („UN Basic Principles on the Use of Force and Firearms by Law Enforcement Officials“) sein muss;

- die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong für eine systematische Reform einzusetzen, um eine direkte Wahl für das Amt des/der Regierungschef/in und zum Legislativrat einzuführen und ein Wahlsystem zu etablieren, das demokratisch, fair, offen und transparent ist und den Menschen der Sonderverwaltungszone Hongkong bei dem Verfahren zur Auswahl aller Führungspositionen ein aktives und ein passives Wahlrecht einräumt;

Begründung

Was die Grünen beschließen können, können wir schon lange beschließen. Da muss man gar nicht mehr großartig drüber lesen, Demokratie verteidigen ist immer gut. Zwinkersmiley.